Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 1

Rubrik: Die Welt letzte Woche

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Vor einem Zusammenschluss?

In Accra (Ghana) begannen zwischen Vertretern von Ghana, Guinea und Mali Besprechungen über die Möglichkeit einer politischen Vereinigung der drei Staaten, die auch eine gemeinsame Zentralbank und eine gemeinsame Währung erhalten sollen. Diese Konferenz wird als eine praktische Auswirkung der am 24. Dezember in Conakry (Guinea) abgegebenen Erklärung über die Vereinigung der drei Länder bezeichnet.

Am Rande ...

Die deutsche Bundesrepublik beherbergte Ende 1960 13 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene. Pro Tag kamen im vergangenen Jahr 560 Flüchtlinge aus der DDR, die nichts als die Kleider mitbrachten, welche sie trugen.

*

Gerüchte, wonach Kennedy die Absicht hegen soll, einen Sonderemissär nach Moskau zu entsenden, um im Kreml Sondierungen über die Möglichkeit einer Verbesserung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen vorzunehmen, wurden vom neuen Präsidenten der USA dementiert.

*

Der nach der Oktoberrevolution von 1956 in Ungarn abgesetzte Kommunistenführer Ernö Gerö, der in den vergangenen vier Jahren in der UdSSR lebte, dürfe wieder nach Ungarn zurückkehren, berichten gutinformierte Kreise aus Budapest.

*

In New York wurden Einzelheiten über einen Plan zur Schaffung eines amerikanischen Korps von «Friedensfreiwilligen» veröffentlicht, die in unterentwickelten Ländern eingesetzt werden sollen. Dieses Korps würde aus Studenten im Alter von 20 bis 30 Jahren bestehen.

*

In der belgischen Streikbewegung zeichnet sich allmählich eine Lösung ab. Im Verlaufe von schweren Zwischenfällen, die am vergangenen Freitag in Lüttich stattfanden, wurden 75 Personen verletzt, und es ist auch ein Todesopfer zu beklagen.

Sumatra: Druck auf die Presse

Die Militärbehörden in Nordsumatra haben in der Provinzhauptstadt Medan drei Zeitungen verboten. Gründe dafür wurden nicht abgegeben. Die übrigen Blätter dürfen erscheinen, wenn sie keine sensationellen Berichte veröffentlichen.

Die Zuckerinsel

Mit Kuba haben die Vereinigten Staaten die diplomatischen Beziehungen abgebrochen, nachdem die kubanische Regierung die USA aufforderten, innert 48 Stunden ihr Botschaftspersonal auf 11 Personen zu reduzieren. Dass Castro und seine Leute diese nur zu verständliche Massnahme als weiteren Akt einer «Aggression» bezeichnen und ausschlachten, versteht sich von selber.

Da das Regime Castro in jüngster Zeit jedoch mit wachsenden internen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, ist es eifrig bemüht, schon jetzt alles, was ihm in naher Zukunft unangenehm werden und ungelegen kommen könnte, den Amerikanern in die Schuhe zu schieben.

Der kubanische Aussenminister, Raul Roa, der vor dem Sicherheitsrat in New York bewegte Klage gegen die USA geführt hatte, erklärte vor seiner Rückkehr nach Havanna auf die Frage, ob es eine vernüftige Möglichkeit gebe, das Problem der Beziehungen zwischen den USA und Kuba anzupacken: «Die Regierung Eisenhower besitzt keine Vernunft. Alles hängt von Kennedy ab.»

Beschuldigungen betreffend Spionage und subversive Tätigkeit werden auf Gegenseitigkeit erhoben.

Ja für de Gaulle

«Die optimistischsten Erwartungen wurden übertroffen. Die Ergebnisse der Abstimmung bringen de Gaulle und der ganzen Welt die glänzende Bestätigung der nationalen Einheit um den Staatschef. Die Politik des Generals de Gaulle hat jetzt ernsthafte Erfolgsaussichten», so erklärte der Präsident der französischen Nationalversammlung, Jacques Delmas.

In ähnlichem Sinne äussern sich unzählige Stimmen führender Politiker über das Ergebnis der während dreier Tage (6.—8. Januar) in Algerien und im Mutterland durchgeführten Volksbefragung. Bei dieser hatten sich die Franzosen und Algerier zu entscheiden, ob sie das Selbstbestimmungsrecht der algerischen Bevölkerung anerkennen und Uebergangsbestimmungen eines autonomen Algeriens gutheissen wollen.

In Frankreich sprachen sich gut drei Viertel der Stimmenden, nämlich 15 198 714, für de Gaulle aus, während 6 038 924 ein Nein in die Urne legten. In Algerien war das Verhältnis immerhin 1 747 529 zu 782 056. Dort war auch die Stimmbeteiligung wegen der Enthaltungsparole des FLN schwächer.

Redaktionsschluss: 9. Januar 1961

Gefahr eines zweiten Korea in Laos

Immer verworrener gestaltet sie die Lage in Laos. Erfolgsmeldungen der einen Seite der in Einzelkämpfe verwickelten Truppen stehen solche der andern Seite gegenüber, und es hält schwer, sich nur auf Grund von Presseberichten und Radiokommentaren auch nur annähernd ein Bild von der wirklichen Lage zu machen.

So berichtet Radio Pathet Lao über die Einnahme von Ban Ban sowie fast der ganzen Provinz Xieng Khuang in Zentrallaos, während ein Sprecher der neuen Regierung Boun Oum diese Berichte dementierte und von der Eroberung der Stadt Vang Vieng 100 km nördlich Vientiane durch die eigenen Truppen sprach.

Wie verlautet, sollen die sowjetischen Flüge zur Versorgung der prokommunistischen Pathet-Lao-Rebellen in der «Plaine des Jares» eingestellt worden sein.

Indessen sind auch in der politischen Auseinandersetzung um den neuen Gefahrenherd Laos neue Schwierigkeiten zutage getreten:

Radio Moskau kritisierte die amerikanische Erklärung, wonach Washington keine Einwendungen gegen die Entsendung einer internationalen Kommission nach Laos erhebt. Moskau erklärt, die Bedingung Washingtons für die Entsendung der Kommission bestehe darin, «dass die Kommission das Kabinett Boun Oum als die einzige legale Regierung anerkenne. Versuche solcher Art seien aber nutzlos. Die einzige legale Regierung von Laos sei jene des Prinzen Souvanna Phouma, und demzufolge könne die internationale Ueberwachungs- und Kontrollkommission nur mit dieser Regierung verhandeln. Die Wiederaufnahme der Arbeit dieser Kommission sei für die Wahrung des Friedens in Südostasien von grösster Bedeutung.»

Die USA haben ihrerseits in einem Weissbuch ihre Richtlinien bekanntgegeben, die dazu führen sollen, zur Konsolidierung der Lage beizutragen.

Dies solle geschehen 1. durch Versuche, der öffentlichen Meinung der Welt den wahren Charakter der kommunistischen Absichten und Aktionen in Laos darzulegen, 2. durch die eindeutige Feststellung, dass die USA keinesfalls die Absicht haben, in Laos einen militärischen Stützpunkt des Westens zu errichten, 3. durch gemeinsame Bemühungen mit andern freien Nationen zur Unterstützung und Wahrung der Unabhängigkeit von Laos mit Hilfe der hierzu am besten geeigneten Massnahmen.

Der indische Premier Nehru zeigt sich über die Entwicklung in Laos besonders besorgt. Er erklärte: «Die gegenwärtige Lage ist sehr gefährlich. Ich glaube nicht, dass die Gefahr eines Krieges beseitigt ist, und wenn ich ‚Krieg' sage, so denke ich nicht an einen kleinen, sondern an einen grossen Krieg.»

«Die Umtriebe der Grossmächte» — meinte Nehru weiter — schüfen in diesem Lande gefährliche Umstände.

Pathet Lao sieht in dem Versuch, die Ueberwachungskommission wieder einzusetzen, eine «Verschwörung des Imperialismus der USA», um den Kommunismus zu unterdrücken und die Marionettenregierung Boun Oum in eine gesetzliche Regierung zu verwandeln.

Eine Lösung des ganzen Fragenkomplexes, mit oder ohne Waffengewalt, dürfte noch einige Zeit auf sich warten lassen.

Autarkie und Monarchie

Bugandas Sezession

Ein neuer Gefahrenherd ist in Afrika entstanden, indem Buganda, das grösste (halbautonome) Königreich von Uganda, des britischen Protektorates in Ostafrika, entgegen dem Willen der Schutzmacht und der Zentralgewalt, die Sezession vom übrigen Territorium beschlossen hat.

Bereits im Jahre 1954 hatte Buganda mit Unwillen ein neues Statut angenommen, das Buganda zum «integrierenden Bestandteil» des Protektorates Uganda erklärte und es praktisch zu einer Provinz von Uganda machte.

Auf dem Territorium von Buganda liegen die wirtschaftliche Hauptstadt von Uganda, Kampala, und seine administrative Hauptstadt Entebbe. Es weist auch die wichtigsten Reichtümer des Landes auf: Kohle, Kaffee und etwas Industrie.

Charter von Afrika

Die von König Mohammed V. von Marokko einberufene afrikanische Gipfelkonferenz in Casablanca genehmigte verschiedene Resolutionen und veröffentlichte auch den Text einer «afrikanischen Charta». Sie sieht die Schaffung eines gemeinsamen afrikanischen Militärkommandos und verschiedene Zusammenschlüsse auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet vor. Sie unterstreicht ferner die Entschlossenheit der afrikanischen Staaten zu einer gemeinsamen Politik. Die Schlussresolution aber wurde mehrfach verschoben.